

Gemeinsame Pressemitteilung des Kreisverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Göttingen und der GRÜNEN JUGEND Göttingen zum “Nationalen Kundgebungstag” in Leinefelde

Für den 04. Mai 2013 plant der Neonazi und NPDler Thorsten Heise in Leinefelde den “Nationalen Kundgebungstag”. Schon in den letzten zwei Jahren fand diese neonazistische Veranstaltung statt unter dem Namen “Eichsfelder Heimattag” bzw. “Eichsfeldtag”. Für die Veranstaltung sollen Konzerte von rechten Bands wie etwa “Sleipnir” Nazis aus dem ganzen Land anziehen, 2012 kamen fast 1000 Besucher*innen. Leinefelde fungiert so als Vernetzungsort für die überregionale Naziszene. Wie bei solchen Veranstaltungen üblich, ist es ein weiteres Ziel, sich als möglichst harmlos darzustellen und die lokale Bevölkerung für sich zu gewinnen. Friedliche Festatmosphäre soll für die Akzeptanz der Naziszene und der durch sie vertretenen menschenverachtenden Positionen führen.

Zwei antifaschistische Bündnisse – das Eichsfelder Bündnis gegen Rechts und das linke Bündnis “Noheimat” organisieren die Gegenaktivitäten. Das zentrale Ereignis ist eine gemeinsame Demonstration am 4. Mai 2013 um 16 Uhr in Leinefelde.

Der Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Göttingen und die GRÜNE JUGEND Göttingen rufen zu lautstarken Protesten auf!

Dazu eine Sprecherin des grünen Kreisvorstandes:

“Wir dürfen – gerade vor dem Hintergrund der rassistischen Morde des NSU und dem Versuch der regionalen rechten Szene die Bevölkerung für sich zu gewinnen – nicht zulassen, dass Nazis eine Plattform gegeben wird, ihre rassistischen, menschenverachtenden und nationalistischen Ansichten zu verbreiten. Ein breiter, zivilgesellschaftlicher, antifaschistischer Protest ist das beste Mittel um klar zu stellen: Kein Fußbreit den Nazis, nirgendwo!”

Ein Mitglied der GRÜNEN JUGEND Göttingen:

“Wir begrüßen ausdrücklich die Zusammenarbeit der beiden antifaschistischen Bündnisse und die gemeinsame Durchführung der zentralen Gegendemonstration. Eine Spaltung der Proteste in “gute” und “böse” Gegendemonstrant*innen, wie 2012 durch Medien, Polizei und örtliche Politiker*innen herbeigeredet, wird es 2013 nicht geben.

Ein solidarischer Protest, der Kriminalisierungsversuchen gegen einen Teil der Protestierenden durch das Konstruieren eines angeblichen “Gewaltpotentials” entgegenwirkt, ist angesichts der Ausmaße des rechten Terrors, wie das Beispiel des NSU auf schockierende Weise wieder einmal gezeigt hat, wichtiger denn je!”

Kontakt bei Rückfragen: goettingen@gj-nds.de